



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 30. August 2012

Stadtparlament Wil genehmigt Vorlage «Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum»

Heute Donnerstag, 30. August 2012, hat das Wiler Stadtparlament die stadträtliche Vorlage «Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum» genehmigt und damit die notwendigen Kredite für eine Videoüberwachung und für die Ausweitung der Patrouillentätigkeit privater Sicherheitsdienste gesprochen. Sodann wurden zwei Interpellationen zur Preisgestaltung Biogas behandelt. Sieben weitere traktandierete Geschäfte wurden infolge der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr behandelt.

36 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die ganze Sitzung entschuldigt waren Adrian Bachmann (FDP), Adrian Ruckstuhl (CVP), Roman Rutz (EVP) und Patrik Lerch (SVP).

1. Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Preisgestaltung Biogas

a) Zusammenfassung der Interpellation

Guido Wick, GRÜNE prowil, und fünf Mitunterzeichnete stellen in ihrer Interpellation vom 26. April 2012 zwei Fragen im Zusammenhang mit dem Biogaspreis.

Einleitend verwies der Interpellant Guido Wick (GRÜNE prowil) auf die beiden «ganz simplen Fragen» im Zusammenhang mit Biogas: Erstens, zu welchem Preis die TBW Biogas bei der Biorender AG einkaufen, und zweitens, ob es diesbezüglich einen Unterschied gebe zum Preis, den die TBW ihren Biogas-Kunden verrechnen. Diese einfachen Fragen seien indes in der Antwort des Stadtrats nicht beantwortet worden. Aus der Antwort könne der Eindruck entstehen, dass «alles in Ordnung sei», doch dies täusche, kritisierte Wick. Man müsse zwischen den Zeilen lesen – die realen Fakten würden nicht angegeben.

b) Antwort des Stadtrats

Die Technischen Betriebe Wil (TBW) beziehen das gesamte Erd- und Biogas ausschliesslich von der Vorlieferantin Erdgas Ostschweiz AG (EGO). Das in Münchwilen durch die Biorender AG produzierte Biogas wird zwar physisch ins Erdgasnetz der TBW eingespeist. Handelsmässig verkauft Biorender jedoch die gesamte produzierte Biogasmenge an die EGO, welche jedem der gasbezugsberechtigten Aktionäre das entsprechende Kontingent an dessen Einspeisestellen abgibt.

Die Einkaufspreise für Gas, welche die TBW an die EGO zu bezahlen haben, setzen sich grundsätzlich aus Arbeitspreis (Energiepreis), Leistungspreis (Energie pro Zeiteinheit) und Kapazitätspreis (Transportkosten im Netz) sowie Zuschlägen und Abgaben (insbesondere CO₂-Abgabe) und Steuern (MWST) zusammen.



Seite 2

Beim Biogas-Einkauf kommen zudem der sogenannte ökologische Mehrwert (Preis für die bessere ökologische Qualität des Gases durch CO₂-Neutralität) und spezielle administrative Kosten dazu. Auf der anderen Seite erhalten die TBW erhebliche Vergütungen durch die Einspeisung des Biogases in ihr regionales Netz. Die Höhe des ökologischen Mehrwerts, welcher vom Verwaltungsrat der Biorender AG festgelegt werden kann, richtet sich insbesondere nach den Gestehungskosten bei der Biogasproduktion. Da diese bei der Biorender AG noch nicht auf Vollast läuft, die Kosten aber primär Fixkosten sind, ist dieser Preis derzeit noch relativ hoch; er dürfte sich aber in absehbarer Zeit wesentlich verringern.

Der von der EGO den TBW in Rechnung gestellte Biogaspreis liegt im 1. Quartal 2012 bei durchschnittlich rund 12 Rappen pro Kilowattstunde unter Berücksichtigung der Rückerstattungen und Einspeisevergütungen von rund 3 Rappen pro Kilowattstunde.

Die TBW erzielen beim Verkauf von Biogas derzeit keinen Gewinn, denn von der Biogasmenge, welche den TBW zusteht, wird momentan etwa 40 Prozent weiterverkauft. Der Rest von etwa 60 Prozent wird zu Lasten der Marge des Gashandels getragen. In diesem Sinne besteht bei Biogas eine TBW-Subventionierung analog wie bei den Photovoltaikanlagen. Weitere Subventionierungen respektive Beiträge erfolgen durch die Stiftung Klimarappen und den Biogasfonds der Schweizerischen Gasindustrie.

Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher Departement Versorgung und Sicherheit) verzichtete auf weitere mündliche Ausführungen.

c) Stellungnahme des Interpellanten

Der Interpellant Guido Wick (GRÜNE prowil) verzichtete auf weitere abschliessende Ausführungen und zeigte sich mit der Antwort des Stadtrats «vollumfänglich zufrieden», weil aus seiner Sicht «alles bestätigt wurde, was wir bereits vermutet haben».

2. Dringlich erklärte Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Preisgestaltung Biogas

a) Zusammenfassung der Interpellation

Guido Wick, GRÜNE prowil, und fünf Mitunterzeichnete stellen in ihrer Interpellation vom 26. April 2012 zwei Fragen im Zusammenhang mit dem Biogaspreis.

b) Antwort des Stadtrats

Verkaufspreis des Biogases von der Biorender AG an die Erdgas Ostschweiz AG (EGO): Der Biorender-Biogaspreis setzt sich aus dem Transferpreis der EGO und dem Zuschlag des ökologischen Mehrwerts (öMW; Unterschied der Produktionspreise zwischen normalem Erdgas und CO₂-neutralem Biogas). Dieser öMW-Zuschlag wird vom Biorender-Verwaltungsrat festgelegt und zwar so, dass dadurch die Produktionskosten gedeckt werden. Da derzeit infolge technischer Anlaufschwierigkeiten erst eine reduzierte Biogas-Menge produziert wird, die Betriebskosten aber konstant sind, wurde der öMW vorübergehend erhöht: 2011 betrug er 50 Rappen pro Kilowattstunde, 2012 sind es 25 Rappen pro Kilowattstunde. Mit der vorgesehenen Produktionssteigerung wird für 2013 eine weitere Senkung um rund die Hälfte erwartet.

Preisausgleichsmechanismen: Beim Biogas wird (analog zum Erdgas) eine Preisglättung vorgenommen: Schwankungen der Produktions- respektive Einkaufskosten werden über eine Arbeitspreisreserve stetig und



längerfristig geglättet. Dies sichert den Gaskunden einen stabileren Preis. Diese Arbeitspreisreserve ist bei der EGO angesiedelt und wird gespeist von ausserordentlichen EGO-Erträgen; die Stadt Wil respektive die TBW haben keine direkten Beiträge dafür einbezahlt.

Im Geschäftsjahr 2001/02 betrug der Wiler Anteil an der Arbeitspreisreserve rund 1,87 Millionen Franken, 2010/11 belief sich die Reserve auf rund 3,98 Millionen, während sie 2011/12 rund 3,23 Millionen betrug. Diese Veränderungen werden jeweils in der TBW-Bilanz mit der Jahresrechnung ausgewiesen. Ein Bezug aus der Arbeitspreisreserve ist nur zur Preisglättung gestattet, eine direkte Ausschüttung ist nicht möglich. Im Jahr 2011 wurden daraus das Erdgas mit rund 0,42 Millionen und das Biogas mit rund 1,73 Millionen Franken gestützt.

c) Stellungnahme des Interpellanten und Diskussion

Einleitend fasste der Interpellant Guido Wick (GRÜNE prowil) die Fragestellung des Vorstosses kurz zusammen. Auch diese Fragen seien «einfach gestellt, zudem stand für die Beantwortung viel Zeit zur Verfügung». Dennoch sei die Antwort erst ganz kurz vor der Sitzung dem Parlament zugestellt worden. Sodann kritisierte er, dass man «scheinbar 1,7 Millionen einfach so ohne Kreditgenehmigung durch das Parlament» ausgeben könne – und dies im Geschäftsbericht der TBW nicht angemessen ausgeführt werde. Dies bezeichnete Guido Wick als «skandalös». Sodann verwies er auf die Bezüge aus der Arbeitsreserve der EGO, welche von der TBW nicht im eigentlichen Sinne zur Glättung oder als Ausgleich des Biogas-Preises für den Endkunden verwendet worden sei, sondern als eigentlicher Zustupf zur «Fehl-Investition» in die Biorender AG. Hier sei eine im Verhältnis riesige Geldsumme eingesetzt worden für eine «sehr kleine Menge Biogas». Zwar sei im Aktionärsbindungsvertrag festgesetzt, dass die Stadt Wil einen gewissen Anteil Biogas abnehmen müsse zu einem festgesetzten Preis – es gehe aber nicht an, dass dieser festgesetzte Preis «schlicht gegen oben offen ist, nur weil es der Biorender AG schlecht läuft». Er sehe nicht nur Stadtrat Andreas Widmer in der Verantwortung, sondern auch den Gesamtstadtrat, welcher sein Mitglied scheinbar zu wenig kontrolliert habe, so Guido Wick. Schliesslich forderte der Interpellant, dass das Parlament entscheiden könne, «wann der Zeitpunkt gekommen sei, um dieser schlechten Investition den Stecker zu ziehen», statt Jahr für Jahr «Millionen in die Biorender fliessen zu lassen». Sodann hielt Guido Wick fest, dass aus seiner Sicht nun eine parlamentarische Untersuchung angebracht wäre.

Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit) verzichtete auf die Möglichkeit zu ergänzenden Ausführungen.

Anschliessend stellte Guido Wick (GRÜNE prowil) Antrag auf Diskussion im Parlament.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Klaus Rüdiger (SVP) hielt namens der Geschäftsprüfungskommission fest, dass die GPK dieses Thema aufgegriffen habe: Man habe dem Stadtrat diesbezüglich zwölf Fragen zugestellt, die Antworten seien noch ausstehend.

Marianne Mettler (SP) forderte Stadtrat auf, zum Sachverhalt Stellung zu nehmen. Stadtpräsident Bruno Gähwiler ergriff das Wort. Einleitend verwies er auf die zeitliche Komponente: So habe der Stadtrat vor den Ferien letztmals am 4. Juli getagt. Nach den Ferien, am 29. August und damit einen Tag vor der Parlaments-sitzung, habe der Stadtrat sodann die Fragen diskutiert, die Antworten ausgearbeitet und diese danach umgehend dem Parlament zugestellt. Von einer «bewussten Verzögerung oder Verschleierung» könne keine Rede sein. Die Aussagen von Guido Wick bezüglich der Höhe der Stützungs-massnahmen mit 1,7 Millionen Franken für Biogas seien korrekt – die Summe sei zugegeben gross für eine reine Preisglättung. Diese Gelder der Ausgleichsreserve seien gespiesen aus Gewinnen der EGO und keine Steuergelder; die Technischen Betriebe können diese Reserve für Preismassnahmen verwenden.

Guido Wick (GRÜNE prowil) liess dies nicht gelten und hielt kritisch fest, dass der TBW-Anteil der Ausgleichsreserve «zu 100 Prozent den TBW gehören und ganz klar Steuergelder sind». Es liege nicht in der



Seite 4

Kompetenz des Stadtrates, ohne vorgängige Genehmigung durch das Parlament solche Summen an Steuer- geldern einfach so auszugeben. Sodann hielt er fest, dass der Stadtpräsident respektive der Gesamtstadtrat seiner Ansicht nach dem verantwortlichen Stadtrat Andreas Widmer das Dossier entziehen müsse.

Abschliessend stellte Guido Wick (GRÜNE prowil) einen Antrag zur Interpellation: «Die GPK soll diesen Fall Biorender AG – Biogashandel mit der TBW sehr gründlich untersuchen und dem Parlament möglichst umge- hend ausführlich schriftlich Bericht erstatten zum Thema Biorender AG, insbesondere zum Inhalt des Aktio- narsbindungsvertrags.»

Dieser Antrag wurde angenommen.

Abschliessend hielt der Interpellant Guido Wick (GRÜNE prowil) fest, dass er mit der Antwort des Stadtrats unzufrieden sei.

3. Erhöhung der Sicherheit im Öffentlichen Raum / Nachtrag

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Rückweisung im Stadtparlament und weitere Abklärungen: Der Bericht und Antrag «Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum durch Videoüberwachung» wurde vom Stadtparlament im Juni 2010 bera- ten. Dabei wurde in der Eintretensdebatte mit 21:10 Stimmen bei drei Enthaltungen Rückweisung beschlos- sen: «Es sei dem Parlament aufzuzeigen, welche Art Delikte an welchem Ort in Wil aktuell ein Problem dar- stellen (gewichtet nach Schwere, Gefährdung für Leib und Leben, Sachbeschädigungen inkl. Schadensumme) und mit welchen konkreten Massnahmen und Mitteln diese gelöst werden könnten. Videoüberwachung kann dabei in begründeten Fällen durchaus als Massnahme vorgeschlagen werden, sofern die angestrebten Ziele nicht mit einer gleich geeigneten, aber mildereren Massnahme erreichbar sind. Die Massnahmen müssen verhältnismässig sein und die effektive Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen», so lautete der entspre- chende Antrag.

Datenerhebung und externe Analyse: Die im Rückweisungsauftrag verlangten Daten sind sehr umfang- reich sowie nicht standardisiert und in dieser Detaillierung verfügbar. Als Grundlage hat die Stadtpolizei Wil die Delikte der Jahre 2008, 2009, 2010 sowie der ersten Hälfte des Jahres 2011 aufgearbeitet. Sodann wur- de durch eine externe Fachperson eine Fachbeurteilung durchgeführt und eine Sicherheitsanalyse erstellt. Dabei wurden insbesondere Gewaltdelikte, Einbrüche und Einschleiddiebstähle, Taschen- und Trickdiebstäh- le, Fahrraddiebstähle, Sachbeschädigungen, Fahrzeugaufbrüche sowie die Situation im Bahnhofgebiet be- rücksichtigt.

Die externe Sicherheitsanalyse beinhaltet nachfolgende Empfehlungen:

- Patrouillen privater Sicherheitsdienst: Der bestehende Patrouillendienst ist zeitlich auszudehnen. Er sollte möglichst täglich, deutlich vor dem Beginn der Abenddämmerung beginnen. Soweit die Patrouillen uniformiert arbeiten, sollten sie gegenüber Dritten auf grössere Entfernung wahrnehmbar sein.
- Videoüberwachung: Das vorgesehene Konzept der Videoüberwachung ist weiter zu verfolgen. Fachliche Gesichtspunkte sprechen dafür, neben dem Raum Bahnhof (samt mindestens einer Unterführung und ein- em Velounterstand) und der Fussgängerzone Obere Bahnhofstrasse auch die Allee und das Areal des Al- lee-Schulhauses mit Vorder- und Rückseite einzubeziehen. Wichtig ist die deutliche Ankündigung, wobei neben Anschlägen in Augenhöhe auch Markierungen auf den Verkehrsflächen Wirkung verheissen.
- Bahnhof-Patenschaft: Das Einrichten einer Bahnhof-Patenschaft ist zu prüfen.



- Weitere Massnahmen könnten zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage beitragen: Die bestehende interdisziplinäre Zusammenarbeit ist für die Bedürfnisse des Bahnhofraumes auszuweiten oder zu ergänzen. Die zwischen dem Areal der SBB und dem Busbahnhof auf öffentlichem Grund stehenden Sitzbänke sind zu überprüfen, allenfalls zu verlegen oder aufzuheben. Die wichtigen Zu- und Abgänge sind auf dem Boden der SBB zu überprüfen und namentlich von störenden Sammelpunkten (Sitzbänke, Zeitungsständer) zu befreien. Für ein ausreichendes Angebot öffentlich zugänglicher Toiletten ist zu sorgen. Die insgesamt ausreichend vorhandenen Abfallbehälter müssen vor allem in den kritischen Abend- und Nachtstunden noch häufiger geleert werden. Zu prüfen ist das Einrichten einer Velostation am Bahnhof SBB.

Bereits umgesetzte oder weiter zu prüfende Massnahmen: Bereits heute sind verschiedene der angesprochenen Massnahmen umgesetzt, etwa die interdisziplinäre Zusammenarbeit (Arbeitsgruppe Sicherheit, Jugend und Sucht sowie Sicherheitszirkel Bahnhof Wil), die ausgeweiteten und gut vernetzten Patrouillen privater Sicherheitsdienste, die Aktion «Clean» mit verstärkter Kontrolltätigkeit der Kantons- und Stadtpolizei insbesondere im Bahnhofbereich, die Ausweitung der WC-Öffnungszeiten am Bahnhof, der Ausbau der städtischen Reinigungstätigkeit, oder das Angebot von 80 gesicherten Velo- und Rollerabstellplätzen am Bahnhof.

Weitere Empfehlungen wie die Überprüfung der Sitzbankangebote und Zugänge am Bahnhof oder die Bahnhof-Patenschaften werden durch die zuständigen Departemente der Stadt geprüft.

Konzept Videoüberwachung: Auf Grund der Erkenntnisse aus der externen Sicherheitsanalyse beurteilt der Stadtrat das vorgeschlagene Konzept der Videoüberwachung weiterhin als sinnvoll. Mit der Videoüberwachung sollen die bereits dargelegten Massnahmen ergänzt werden. Die Anpassungen hinsichtlich der ursprünglichen zurückgewiesenen Vorlage ergeben sich zusammengefasst in folgenden Bereichen:

- Einbindung der bestehenden Videokameras auf dem Parkplatz Bleiche und beim Viehmarktplatz in das neue System, damit der Datenschutz vollumfänglich sichergestellt werden kann und diese Kameras nicht stillgelegt werden müssen.
- Berücksichtigung der Empfehlungen aus der Sicherheitsanalyse dahingehend, dass der Bereich Allee / Stadtsaal / Alleeschulhaus ebenfalls in das Konzept aufzunehmen ist.
- Berücksichtigung des Antrags der vorberatenden Kommission, der auch den Empfehlungen der Sicherheitsanalyse entspricht, wonach der Bereich des Velounterstands Nord bei Bahnhof in das Konzept aufzunehmen ist.
- Verzicht auf den Überwachungsbereich «Obere Bahnhofstrasse» und somit Konzentration der Videoüberwachung auf den Bereich Bahnhofplatz-Allee.

Damit werden folgende Videoüberwachungsbereiche vorgeschlagen:

- Bahnhofplatz: 4 Kameras (Überwachung mit punkt.r Personenerkennung)
- Bahnhofunterführung Ost: 4 Kameras (Überwachung und Personenerkennung)
- Velounterstand Bahnhof Nordseite: 2 Kameras (Überwachung mit punkt. Personenerkennung)
- Allee / Stadtsaal / Alleeschulhaus: 6 Kameras (Überwachung mit punkt. Personenerkennung)
- Velounterstand Schulanlage Lindenhof: 3 bestehende Kameras, Einbindung
- Parkplatz Bleiche: 7 bestehende Kameras, Einbindung
- Velounterstand/Liftvorraum Grabenstrasse: 4 bestehende Kameras, Einbindung

Total sollen also 16 neue Kameras installiert sowie 14 bereits bestehenden Kameras ins System eingebunden werden.



Seite 6

Kosten: Die geplante Anlage entspricht einem professionellen Standard sowohl für die Videoüberwachung als auch für das Netzwerk und ist qualitäts- und kostenmässig vergleichbar mit bereits realisierten Anlagen in St. Gallen, Rapperswil-Jona oder Mendrisio. Die anfallenden Kosten werden auf rund 795'000 Franken geschätzt. Die jährlich wiederkehrenden Kosten für Abschreibungen, Betrieb und Wartung/Unterhalt werden auf 131'400 Franken geschätzt.

Anträge des Stadtrats:

1. Der jährliche Budgetbetrag für die Patrouillentätigkeit privater Sicherheitsdienste (Konto 111.3182) sei von derzeit Fr. 160'000.-- auf neu Fr. 235'000.-- zu erhöhen.
2. Für die Installation einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Wil gemäss vorliegendem Konzept sei ein Investitionskredit von Fr. 795'000.-- zu genehmigen.
3. Die Motion Hilber (FDP) betreffend Installation von Überwachungskameras sei als erledigt abzuschreiben.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von Klaus Rüdiger (SVP) hat das Geschäft an zwei Sitzungen vorberaten. Eintreten war dabei in der Kommission unbestritten. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren die Delikte in der Stadt, die Sicherheitsanalyse, die Situation am Bahnhof und das Thema Bahnhofpatenschaften, die Frage einer bedienten Velostation sowie die beiden Überwachungsbereiche Allee und Obere Bahnhofstrasse.

In der siebenköpfigen Kommission war ein Mitglied nicht stimmberechtigt. Die restlichen sechs Mitglieder der Kommission stimmen dem Antrag 1 des Stadtrats einstimmig zu, der Antrag 2 wird bei einer Nein-Stimme mit fünf Ja-Stimmen ebenfalls gutgeheissen. Der Antrag 3 wird mit sechs Ja-Stimmen gutgeheissen.

Die Kommission stellt zudem zwei Zusatzanträge:

- Antrag 1: Der Stadtrat sei zu beauftragen am Bahnhof Wil die Erstellung einer bedienten Velostation an zentraler Lage zu prüfen und dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten (6 Ja / 0 Nein / 1 nicht stimmberechtigt). Die vorhandene gesicherte Velostation im Westen des Bahnhofes sollte an einen zentralen Standort verlegt werden, so die Begründung der Kommission.
- Antrag 2: Der Videoüberwachungsbereich Allee sei auf den Vorplatz des Stadtsaals und der Kinos sowie des östlich angrenzenden Teils der Baumallee zu begrenzen. Der Investitionskredit gemäss Antrag 2 des Stadtrates sei entsprechend um Fr. 60'000.-- zu kürzen. (4 Ja / 2 Nein / 1 nicht stimmberechtigt). Die Kommission begründet diesen Antrag damit, dass die nördliche Hälfte der Baumallee und der Vor- und Hinterplatz des Schulhauses als weniger problematisch angesehen werden.

c) Eintretensdebatte

Eintreten war im Parlament unbestritten, eine Diskussion wurde nicht gewünscht; Parlamentspräsident Erwin Schweizer erhob Eintreten zum Beschluss.

d) Detailberatung

Einleitend zur Detailberatung fasste Kommissionspräsident Klaus Rüdiger (SVP) die Arbeit der Kommission kurz zusammen. Eintreten sei in der Kommission einstimmig angenommen worden. Dieses Ergebnis spiegle



auch die Meinung der Kommission wieder, wonach der Auftrag zur Detailanalyse, wie er im damaligen Rückweisungsantrag gestellt worden sei, als erfüllt zu betrachten sei. In der Kommission seien unter anderem die vom externen Experten bestätigte positive Wirkung einer Videoüberwachung ebenso diskutiert worden wie eine mögliche Ausdehnung des überwachten Bereichs auf die Obere Bahnhofstrasse. Aufgegriffen wurden in der Kommission auch die «Magnetwirkung» des Bahnhofs Wil mit dem Brennpunkt Bahnhofplatz Nord bis Allee oder die Möglichkeit für Bahnhof-Patenschaften. Erörtert wurde auch das schlechte Abschneiden der Stadt Wil im kantonalen Vergleich der Kriminalstatistik, wobei diese Tatsache vor allem der Zentrumslage und -funktion Wils geschuldet sei. Sodann verwies Klaus Rüdiger auf die bestehenden (indes zu wenig bekannten) bewachten Zweirad-Abstellmöglichkeiten am Bahnhof.

Sicherheit sei ein menschliches Grundbedürfnis, führte Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit) aus. Daher sei es eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand, für Sicherheit zu sorgen. Das detaillierte Polizeireglement, das das Parlament erlassen habe, sei Grundlage für alle Massnahmen im Bereich Sicherheit – auch für die Videoüberwachung – und auch für den ersten Bericht und Antrag, welcher damals vom Parlament mit einem umfangreichen Auftrag für weiterführende Abklärungen zurückgewiesen worden sei. Die heutigen Massnahmen bestehen aus einem repressiven Teil (insbesondere Stadtpolizei und private Sicherheitsdienste) und aus einem präventiven Teil (insbesondere wipp und mobile Jugendarbeit). Mit dem vorliegenden Nachtrag zum Bericht und Antrag würden nun weitere, ergänzende Massnahmen vorgeschlagen – nicht nur einzelne bauliche Massnahmen, sondern auch die Videoüberwachung. Bei letzterem lege man sehr viel Wert auf den Datenschutz: Das Bildmaterial der Kameras bleibt unter Verschluss und kann erst eingesehen werden nach erfolgter Strafanzeige und auf Antrag der Untersuchungsbehörden. Den Antrag 1 der vorberatenden Kommission (Velostation) unterstütze der Stadtrat, den Antrag 2 (Anpassung des videoüberwachten Areals im Bereich Allee) lehne der Stadtrat hingegen ab, schloss Andreas Widmer.

Dario Sulzer (SP) hielt namens der SP fest, dass die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung bezüglich Sicherheitsbedürfnis ernst genommen werden müssen. Das habe der Stadtrat getan, er habe seine ursprüngliche Vorlage nachgebessert, wozu die Stadtpolizei mit der aufwendigen Aufbereitung der Delikt-Daten einen wesentlichen Beitrag geleistet habe. Zwar werde darin nicht schlüssig erklärt, weshalb man auf die Videoüberwachung zwingend nicht verzichten könne und dieser Eingriff in die Privatsphäre der Passanten notwendig sei. Die SP sei aber ganz klar der Ansicht, dass mit Videoüberwachung alleine die Sicherheits-Thematik am Bahnhof oder auch das Littering-Problem nicht gelöst werden könne – es brauche weitere, ergänzende Massnahmen. Den vom Stadtrat beantragten Verzicht auf Kameras in der Oberen Bahnhofstrasse begrüsse man, ebenso den von der Kommission beantragten Verzicht auf Kameras im nördlichen Teil der Allee und den Kommissionsantrag einer bedienten Velostation am Bahnhof.

Mit der damaligen Rückweisung seien alternative Massnahmen zur Videoüberwachung gefordert worden, so Eva Noger (GRÜNE prowil). Diese Massnahmen seien mit dem vorliegenden Nachtrag nun aufgezeigt und zum Teil auch schon angewendet worden. Bezüglich der Daten und Übersicht über die Delikt-Orte in Wil hielt Eva Noger namens ihrer Fraktion fest, dass die Statistik nur Auskunft gebe über die Anzahl, nicht aber über die Schwere der Vorfälle – dieser Umstand sei unbedingt zu berücksichtigen, ehe man Wil als «sehr gefährliches Pflaster» bezeichne. Zudem habe die Erhebung gezeigt, dass das subjektiv schlechte Sicherheitsgefühl der Passanten am Bahnhof durch die Zahlen nicht gestützt werde: Es gebe eher «Verstörer als Störer» am Bahnhofplatz. Die Schwere eines Vorfalls sei auch ausschlaggebend dafür, ob angesichts des Datenschutzes von den Untersuchungsbehörden eine Einsichtnahme in die Video-Aufzeichnungen überhaupt genehmigt werde. Eine Rückfrage beim Untersuchungsrichteramt habe ergeben, dass eine solche Einsichtnahme nur bei gravierenden Delikten genehmigt werde – da fallen also sehr viele in der Statistik geführte Delikte schon einmal weg. Eva Noger kritisierte die Videoüberwachung als «sehr teure Alibi-Übung und ein Placebo, das kaum Wirkung zeigen wird». Viel besser wäre es, so Eva Noger, andere Massnahmen zu treffen, welche das subjektive Sicherheitsempfinden wirklich und direkt positiv beeinflussen – etwa Bahnhofs-Patenschaften, die Gestaltung des Bahnhofareals zur Belebung des Platzes oder Fahrbahn-Schwellen gegen Raser. Sodann lobte sie die Arbeit des Sicherheitszirkels Bahnhof und der Arbeitsgruppe Sicherheit. Die GRÜNEN prowil lehnen den Antrag 2 (Videoüberwachung) des Stadtrates ab, die Anträge 1 und 3 unterstützen sie.



Nathanael Trüb (SVP) machte sich namens seiner Fraktion in Reimform für die Videoüberwachung – insbesondere auch in der Oberen Bahnhofstrasse – stark.

Reto Gehrig (CVP) hielt fest, dass nicht nur schwere Delikte geahndet werden: Das Bildmaterial der Videokameras könne, entgegen der Aussagen von Eva Noger, für die Aufklärung sämtlicher strafrechtlich relevanter Taten herangezogen werden. Sodann verwies er auf das Grundproblem am Bahnhof: Der Platz sei «zu leer, es hat dort zu wenig Leute». Zur Belebung dieses Platzes, da gebe er entsprechenden Voten Recht, würden Videokameras nichts beitragen. Auch zur Steigerung der Sicherheit brauche es verschiedene, sich ergänzender Massnahmen, etwa die erhöhte Patrouillentätigkeit oder auch Massnahmen baulicher oder gestalterischer Art – die Videoüberwachung sei aber in diesem Gefüge an Massnahmen ein erster und richtiger Schritt. Weitere Schritte, etwa auch die nun im Parlament kontrovers diskutierte Überwachung der Oberen Bahnhofstrasse, können dann bei Bedarf nach und nach folgen, nachdem man Erfahrungen gesammelt habe. Er spreche sich daher namens seiner Fraktion für die Vorlage aus: Nun müsse zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Massnahmen auch umgesetzt werden. Sebastian Koller (GRÜNE, junge Grüne & KulturfreundInnen) griff dieses Votum auf: Gerade die Aussage, dass man nun «einen ersten Schritt machen und mit der Videoüberwachung Erfahrungen sammeln müsse», zeige doch, dass die Befürworter dieser Massnahme selber nicht wirklich an deren objektive Wirkung glauben.

Norbert Hodel (FDP) begrüßte den Nachtrag zur Vorlage – sie sei ein Schritt zur Steigerung der Sicherheit auf Wiler Strassen und Plätzen. Er kritisierte indes die alleinige Konzentration der Videoüberwachung auf den Bahnhof und die Allee sowie den Verzicht auf Kameras in der «Wiler Visitenkarte», der Fussgängerzone Oberen Bahnhofstrasse. Schliesslich sei doch genau diese Fussgängerzone im SVP- und FDP-Vorstoss, welcher den ersten Bericht und Antrag ausgelöst hatten, ein zentrales Element gewesen. Infolge des Verzichts werde der damalige Auftrag des Vorstosses «nicht erfüllt». Auch gestützt auf die Statistik würden sich diese Konzentration wie auch der Verzicht nicht erklären lassen – im Gegenteil: Die Deliktzahlen würden auch für eine Überwachung der Oberen Bahnhofstrasse sprechen, so Norbert Hodel. Daher stelle er den folgenden Antrag: «Die gesamte Fussgängerzone „Obere Bahnhofstrasse“ sei vom Schwanen-Kreisel bis zur Kantonalbank zusätzlich in das Projekt „Erhöhung der Sicherheit im Öffentlichen Raum“ miteinzubeziehen. Für den Ausbau der Videoüberwachung in der Fussgängerzone „Obere Bahnhofstrasse (Schwanen bis Kantonalbank) wird ein Kostendach von maximal Fr. 100'000.00 festgesetzt, und für die Installation einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Wil sei ein Investitionskredit von neu Fr. 895'000.00 zu genehmigen.»

Namens der CVP lobte Ruedi Schär (CVP) die in der Abklärung zu diesem Nachtrag geleistete Vorarbeit. Er sei davon überzeugt, dass die Vorlage mit dem vorgesehenen Ausbau der Patrouillen und der darin enthaltenen Videoüberwachung positiv sei. Dabei sprach er sich auch gegen den Antrag Hodel zur zusätzlichen Videoüberwachung in der Oberen Bahnhofstrasse aus. Die CVP unterstütze sodann alle Anträge des Stadtrats; den Antrag 1 der vorberatenden Kommission (Anpassung des Kamera-Rayons in der Allee) lehne man hingegen ab.

Das Departement Versorgung und Sicherheit habe nun fast zwei Jahre benötigt, um die überarbeitete Vorlage wieder ins Parlament zu bringen, kritisierte Michael Sarbach (GRÜNE prowil). Er sei nicht per se gegen Videoüberwachung, das habe er auch bei der Beratung der ersten Vorlage bereits betont. Allerdings seien sowohl in der Sicherheitsanalyse wie auch in der Vorlage keine zwingenden Gründe für eine Videoüberwachung zu finden – das Projekt Videoüberwachung, das Kosten in Millionenhöhe mit sich bringe, erziele in seinen Augen keine effektive Wirkung, die aufzuhängenden Kameras schafften bloss eine «Scheinsicherheit» respektive fördern lediglich das subjektive Sicherheitsempfinden mit einem unverhältnismässig hohen Einsatz an Steuergeldern. Mehr Wirkung sei seiner Meinung nach mit einem ausgeklügelten, angepassten und ausweiteten Patrouillenplan zu erzielen – es sei erwiesen, dass nichts so sehr das Sicherheitsgefühl und die Sicherheit stärke wie die physische Präsenz uniformierter Sicherheitskräfte.

Ruth Frick (CVP) hielt fest, dass die Inhalte der Sicherheitsanalyse sie überzeugt hätten, zumal sich die darin enthaltenen Zahlen mit ihren subjektiven Erfahrungen decken. Sie werde den drei Anträgen des Stadtrats zustimmen, wenn auch «mit wenig Begeisterung», da die Wirksamkeit der Massnahmen nicht zwingend



Seite 9

belegt sei. Den Kommissionsantrag auf Reduktion der Kameraüberwachung in der Allee könne sie nicht mittragen.

Silvia Ammann (SP) begrüsse sowohl die drei Anträge des Stadtrats als auch die beiden Kommissionsanträge – die Überwachung der Allee habe keine Priorität, die Reduktion der Kameras in diesem Bereich sei also zu unterstützen.

Im Namen der SVP-Fraktion begrüsst Mario Schmitt (SVP) die Vorlage. Die SVP unterstütze sämtliche Anträge des Stadtrats und auch den Zusatzantrag von Norbert Hodel zur Ausweitung der Videoüberwachung auf die Oberen Bahnhofstrasse. Die Anträge der Kommission, welche eine Reduktion dieser Massnahmen beinhalten würden, lehne man indes ab.

Guido Wick (GRÜNE prowil) kritisierte die Verwechslung zwischen «lästig» einerseits und «gefährlich» andererseits, wie sie in der laufenden Diskussion nun zu Tage trete: Nicht die «lästigen» Vorfälle seien zentral, sondern es sei zwingend, die «gefährlichen» Vorfälle anzugehen – also die kriminellen Delikte oder auch die Verkehrsvergehen und das Rasen in der Oberen Bahnhofstrasse zwischen Derby und Schwanen. Zwar werde nun engagiert diskutiert – er vermisse aber ein ehrliches Engagement, die Sicherheitsfragen tatkräftig anzugehen. Stattdessen setze man in der Vorlage auf Kameras als wichtigste Massnahme – und dies unterstütze die Fraktion GRÜNE prowil nicht.

Er persönlich wisse von vielen gefährlichen Vorfällen rund um den Bahnhof, so Harald Girschweiler (parteilos). Das seien Tatsachen – es gehe nicht an, diese als «blosse Aspekte des subjektiven Sicherheitsempfindens» zu bezeichnen und so zu verneinen.

Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit) verwies auf die umfangreiche Arbeit zur Erhebung der Delikt-Statistik sowie zur Erstellung der Sicherheitsanalyse durch eine externe Fachperson. In dieser Analyse seien vier Massnahmen skizziert worden: Erstens die zeitliche Ausweitung des heutigen Patrouillendienstes, zweitens die Videoüberwachung, drittens die Prüfung einer Bahnhof-Patenschaft sowie viertes weitere kleinere Massnahmen wie etwa eine Velostation oder bauliche Anpassungen. In den Voten sei nun wiederholt eine Ausweitung der Sicherheitsdienst-Patrouillentätigkeit respektive die Anpassung ihrer Einsatzpläne gefordert worden. Diese Pläne werden jetzt schon sehr professionell erarbeitet, hielt Andreas Widmer fest. Auch bezüglich der Kosten äusserte sich der Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit: Der Betrieb der Kameras koste jährlich rund 130'000 Franken, die dabei eingesetzten Kameras bieten rund um die Uhr passive Sicherheit. Für den gleichen Betrag sei hingegen lediglich ein Polizist zu finanzieren, wobei dieser dann nur örtlich punktuell und zeitweise im Einsatz stehen könne.

e) Kapitelweisen Diskussion und Abstimmungen zu den Anträgen der vorberatenden Kommission und den Anträgen aus der Diskussion:

- Kapitel 1: keine Wortmeldungen
- Kapitel 2: Eva Noger (GRÜNE prowil) verwies darauf, dass der externe Fachmann Geschäftsführer einer Firma sei, die nicht nur Videoanalysen erstelle, sondern auch Video-Anlagen verkaufe. Stadtrat Andreas Widmer hielt fest, dass diese Frage nach möglicher Befangenheit auch von einem Mitglied der vorberatenden Kommission gestellt worden sei. Der Fachmann habe diesbezüglich ausführlich Stellung genommen. Er sei, so Widmer, nicht Geschäftsführer, sondern Verwaltungsrat der fraglichen Firma, welche den Verkauf von Sicherheitsprodukten wie Tresoren etc. nur als einen von sieben verschiedenen Geschäftsfeldern führe, sodass eine neutrale Position gewahrt sei und der externe Experte nicht als Intention den Verkauf von Videokameras durch das eigene Unternehmen habe. Kommissionspräsident Klaus Rüdiger (SVP) bestätigte, dass die Kommission entsprechend informiert worden sei und sich von der Neutralität des Experten habe überzeugen lassen. Guido Wick (GRÜNE prowil) liess dieses Argument für die Neutralität nicht gelten: Ein Verwaltungsrat einer solchen Firma werde zwar in der Tat selber keine Videokamera verkaufen – aber gewiss werde er in seiner Expertise Videokameras empfehlen.



Seite 10

- Kapitel 3: keine Wortmeldung
- Kapitel 4: keine Wortmeldung
- Kapitel 5: keine Wortmeldung
- Kapitel 6: Kommissionspräsident Klaus Rüdiger (SVP) verwies noch einmal auf den Kommissionsantrag 1 zur Schaffung einer bedienten Velostation und machte dessen Unterstützung beliebt.

Zusatzantrag 1 der vorberatenden Kommission: Der Stadtrat sei zu beauftragen am Bahnhof Wil die Erstellung einer bedienten Velostation an zentraler Lage zu prüfen und dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Der Zusatzantrag 1 der vorberatenden Kommission wurde grossmehrheitlich angenommen.

- Kapitel 7: Kommissionspräsident Klaus Rüdiger (SVP) verwies noch einmal auf den Kommissionsantrag 2 zur Anpassung des Überwachungsbereichs Allee und machte dessen Unterstützung beliebt.

Zusatzantrag 2 der vorberatenden Kommission: Der Videoüberwachungsbereich Allee sei auf den Vorplatz des Stadtsaals und der Kinos sowie des östlich angrenzenden Teils der Baumallee zu begrenzen. Der Investitionskredit gemäss Antrag 2 des Stadtrates sei entsprechend um Fr. 60'000.-- zu kürzen.

Der Zusatzantrag 2 der vorberatenden Kommission wurde mit 24 Nein- zu 11 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Antrag Norbert Hodel (FDP): Die gesamte Fussgängerzone «Obere Bahnhofstrasse» sei vom Schwanenkreisel bis zur Kantonalbank zusätzlich in das Projekt «Erhöhung der Sicherheit im Öffentlichen Raum» miteinzubeziehen. Für den Ausbau der Videoüberwachung in der Fussgängerzone «Obere Bahnhofstrasse» (Schwanen bis Kantonalbank) wird ein Kostendach von maximal Fr. 100'000.00 festgesetzt, und für die Installation einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Wil sei ein Investitionskredit von neu Fr. 895'000.00 zu genehmigen.

Der Antrag von Norbert Hodel (FDP) wurde mehrheitlich abgelehnt.

- Kapitel 8: keine Wortmeldung
- Kapitel 9: keine Wortmeldung
- Kapitel 10: keine Wortmeldung
- Kapitel 11: keine Wortmeldung

f) Abstimmungen zu den Anträgen des Stadtrats

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Der jährliche Budgetbetrag für die Patrouillentätigkeit privater Sicherheitsdienste (Konto 111.3182) sei von derzeit Fr. 160'000.-- auf neu Fr. 235'000.-- zu erhöhen.

Der Antrag 1 des Stadtrats wurde einstimmig angenommen.

2. Für die Installation einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum der Stadt Wil gemäss vorliegendem Konzept sei ein Investitionskredit von Fr. 795'000.-- zu genehmigen.

Der Antrag 2 des Stadtrats wurde mehrheitlich angenommen.

3. Die Motion Hilber (FDP) betreffend Installation von Überwachungskameras sei als erledigt abzuschreiben.

Der Antrag 3 des Stadtrats wurde mit 1 Enthaltung angenommen.



Nicht mehr behandelte Traktanden

- Teilzonenplan «Parz. Nrn. 2868, 2645 und 1023»
- Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtparlaments
- Unicef-Label Kinderfreundliche Gemeinde
- Postulat Dario Sulzer (SP) - Ein Platz für Wil – Erheblicherklärung
- Interpellation Christoph Hürsch (CVP) - Status Pensionskasse der politischen Gemeinde Wil - Vorgehen bei der Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen
- Interpellation Christoph Hürsch (CVP) - Abgaben der TBW an die Stadt Wil ab 2013 / Teilbereich Elektrizitätsversorgung
- Interpellation Dario Sulzer (SP) - Neugestaltung Bahnhofplatz Süd

Kommissionsbestellung

Zur Vorberatung des Geschäfts «Kulturleitbild der Stadt Wil» wurde eine nicht ständige Siebnerkommission unter dem Vorsitz der SP-Fraktion bestellt. Die Kommission wird präsiert von Dario Sulzer (SP), als Mitglieder gehören ihr Patrick Bernold (CVP), Christine Hasler (CVP), Ruedi Schär (CVP), Nathanael Trüb (SVP), Mario Breu (FDP) und Sebastian Koller (GRÜNE prowil) an.

Zur Vorberatung des Geschäfts «Leistungsvereinbarung ThurVita AG» wurde eine nicht ständige Siebnerkommission unter dem Vorsitz der Fraktion GRÜNE prowil bestellt. Die Kommission wird präsiert von Michael Sarbach (GRÜNE prowil), als Mitglieder gehören ihr Ruth Frick (CVP), Christoph Gehrig (CVP), Juri Defendi (SVP), Mario Schmitt (SVP), Markus Hilber (FDP) und Marianne Mettler (SP) an.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurde folgender parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- Postulat Mario Breu (FDP) – Eignerstrategie TBW

Schluss der Sitzung

Präsident Erwin Schweizer schloss die heutige Sitzung um 20.15 Uhr.